

Mangelhaft im Klimaschutz

VON ANTJE HÖNING

Die Ampel hatte sich Großes vorgenommen: Sie wollte „mehr Fortschritt wagen“, so der Titel ihres Koalitionsvertrags, und das Land zur ökologischen Marktwirtschaft umbauen. Davon ist nichts zu sehen. Das Zwischenzeugnis, das der Expertenrat für Klimafragen ihr ausstellt, fällt verheerend aus und steht in scharfem Kontrast zur Selbstwahrnehmung der Bundesregierung. So werden wir es nicht schaffen, bis 2045 klimaneutral zu werden. In die Verantwortung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck fällt dabei das verkorkste Gesetz zum Heizungstausch. Das Gezerre hat zu einem Run auf fossile Heizungen geführt – das ist das Gegenteil von dem, was der Grünen-Politiker erreichen wollte. Zudem hat er zugelassen, dass Kanzler und FDP die sektorscharfen Klimaziele kassieren.

Der Hauptschuldige der Misere aber ist der Verkehr und mit ihm Minister Volker Wissing (FDP). Vor allem bei Pkw passiert zu wenig. Wissing duckt sich weg, weil Maßnahmen wie Tempo 120 oder Tempo 30 so unpopulär sind wie die Verteuerung des Parkens. Würde die Koalition sich trauen, den Verkehr wie die Energie dem Emissionszertifikatehandel zu überlassen, würde sich das Problem von alleine lösen – indem Kraftstoff teuer wird. So aber muss das Ordnungsrecht her, und da kneift der Liberale. Ein Konzept, wie Bahn und Rad attraktiver werden, bleibt Wissing schuldig. Das Deutschlandticket ist eine feine Sache, zuverlässiger wird die Bahn wegen des Sanierungsstaus damit nicht. Von der Abschaffung klimafeindlicher Subventionen, die die Ampel versprochen hat, ist nichts zu sehen: Dazu zählen die Pendlerpauschale und die Steuererleichterung bei Kerosin. Ein Industriestrompreis würde das Problem verschärfen. Brennende Wälder in Kanada und Rekordhitze am Mittelmeer sind Beispiele des Klimaproblems. Die Ampel muss aufholen. Mangelhaft im Klimaschutz können wir uns nicht leisten.

Weniger Nachtflüge, mehr schnelle Züge

VON REINHARD KOWALEWSKY

Die Analyse zu den Nachtflügen am Airport Düsseldorf fällt nicht gut aus: Obwohl im Juli die Zahl der Flüge deutlich unter Sommer 2019 lag und obwohl weniger Landungen zwischen 22 Uhr und 23 Uhr vorgesehen waren als damals, landeten trotzdem mehr Maschinen zwischen 23 Uhr und null Uhr. Dies ist keine Kleinigkeit. Denn bis 23 Uhr sind viele Menschen sowieso noch wach, aber Fluglärm noch kurz vor Mitternacht kann den Bürgern in Umlandgemeinden schon den Schlaf rauben. Es ist also richtig, wenn die Landesregierung auf weniger Nachtflüge dringen will.

Die Flughafengegner schlagen nun vor, die Flugpläne der Airlines allgemein zu überprüfen. Das wäre übertrieben. Logischer erscheint das „Hamburger Modell“ zu übernehmen. Wenn Airlines in jedem Einzelfall rechtfertigen müssen, warum sie erst nach 23 Uhr landeten, gehen Schludereien beim Flugplan zurück.

Was können Bürger und Airlines tun, damit es bei Lärmschutz und Klimaschutz vorangeht? Erstens ist wichtig, dass Fluggesellschaften weiter auf spritsparende, leisere Jets umrüsten – es macht einen Unterschied, ob beim Flug nach Mallorca pro Kopf knapp 70 Liter Kerosin verfeuert werden oder nur 40 Liter. Auch die beantragte höhere Startzahl pro Stunde in Düsseldorf könnte Sinn machen, um flexibler zu werden.

Weniger Fliegen muss nicht weniger Lebensqualität bedeuten. Wenn innerdeutsch weniger gejetet wird, ist das vernünftig – abgesehen von Zubringerflügen nach München. Frankfurt lässt sich per ICE schon jetzt toll erreichen. Wenn Tui Nachtzüge zu touristischen Zielen anbieten will, ist das spannend. Und es ist gut, dass das Netz der Hochgeschwindigkeitszüge in der EU stark ausgebaut werden soll. Schon jetzt lassen sich ab Düsseldorf Marseille und Barcelona in einer Tagesreise via Paris/Brüssel locker erreichen. Das kann nur der Anfang sein und sollte günstiger werden.



EIN ERSTER EINDRUCK...

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Für israelische Araber könnte die umstrittene geplante Justizreform schwere Folgen haben. Dennoch gibt es von ihnen wenig Protest, zu groß ist das Misstrauen gegenüber den Institutionen.

Eine Gruppe leidet am meisten

VON MAREIKE ENGHUSEN, TEL AVIV

Jeden Samstagabend während der Proteste gegen die geplante Justizreform in Tel Aviv wehen auf der Kaplanstraße, dem Zentrum der Proteste, palästinensische Fahnen. Meist sind es nicht viele, vielleicht ein Dutzend, konzentriert nahe dem Gebäude der Zionistischen Weltorganisation. Und doch stechen sie deutlich heraus aus dem Meer der blau-weißen israelischen Fahnen, die zum Symbol des Aufstands gegen die rechts-religiöse Regierung geworden sind.

Eine kleine Gruppe von Demonstranten protestiert nicht nur gegen den geplanten Umbau der Justiz, der Israels Obersten Gerichtshof schwächen soll, sondern auch gegen Israels Besatzung des Westjordanlandes. Es sind allerdings vor allem linke jüdische Aktivisten, die in Tel Aviv die Palästinafahnen schwenken. Denn die arabische Minderheit, immerhin ein Fünftel der Bevölkerung, hält sich von den Protesten weitgehend fern – obwohl Rechtsexperten warnen, dass wohl keine andere Gruppe so sehr unter dem geplanten Umbau der Justiz zu leiden hätte wie sie.

Barak Medina, Rechtsprofessor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, fürchtet einen Rückfall in schlechtere Zeiten. Bis Anfang der 90er-Jahre, sagt Medina, hätten israelische Regierungen, gleich ob links oder rechts, arabische Bürger in vielerlei Hinsicht diskriminiert, „bei der Finanzierung von Bildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen und anderen Feldern“. 1992 jedoch beschloss die Knesset, Israels Parlament, eines jener sogenannten Grundgesetze, die bis heute als eine Art Verfassungersatz gelten: das „Grundgesetz zur Würde und Freiheit des Menschen“. Dieses Gesetz setzte eine Entwicklung in Gang, die Medina als „Menschenrechtsrevolu-

tion“ bezeichnet: Von nun an begann das Oberste Gericht, Entscheidungen der Regierung auf Diskriminierung zu prüfen. „Es ist nicht so, dass die Politik seitdem perfekt gewesen wäre“, sagt Medina, „aber die Richtung war positiv, es gab mehr Respekt für Gleichberechtigung, auch in der öffentlichen Meinung“.

Die geplanten Reformen drohen nun, die seit 1992 erzielten Fortschritte abzuschaffen, fürchtet der Professor, der sich selbst in der Protestbewegung engagiert. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sage „ganz klar: Unser Ziel ist, die Revolution der 90er rückgängig zu machen“. Medina hat keinen Zweifel: Gemeint, wenn auch nicht explizit benannt, sei damit die „Menschenrechtsrevolution“.

Die Folgen der Reformen für die Palästinenser im Westjordanland schätzt der Rechtsexperte als geringer ein – aber nur deshalb, weil das Oberste Gericht in die Handlungen der Regierung dort schon jetzt viel weniger eingreife. So ermöglichte das Gericht etwa den Bau der meisten umstrittenen Siedlungen in jenem Gebiet, das die Palästinenser als Teil ihres zukünftigen Staates sehen. „Das Einzige, was das Gericht dort verhindert hat, war die Errichtung israelischer Siedlungen auf privatem palästinensischen Land“, sagt Medina. Dieser Punkt ist allerdings ideologischen Befürwortern des Siedlungsprojekts, etwa Finanzminister Bezale Smotrich, ein Dorn im Auge. Sollte die Regierung den Obersten Gerichtshof tatsächlich schwächen, wäre ein noch breiterer Ausbau der Siedlungen zu erwarten.

Warum aber gehen dann Israels arabische Bürger, von denen sich viele als Palästinenser identifizieren, nicht in größeren Zahlen auf die Straße? „Alle Umfragen zeigen: Die meisten arabischen Bürger lehnen die Reformen ab“, sagt der arabisch-israelische Journalist Mo-

INFO

Seit Monaten gibt es Proteste in Israel

Justizreform Die rechts-religiöse Regierung in Israel unter Führung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu plant eine Reihe von Gesetzesreformen, die die Justiz im Land erheblich schwächen würden. Ende Juli hatte die Koalition bereits ein höchst umstrittenes Gesetz verabschiedet, das dem Obersten Gericht die Möglichkeit nimmt, gegen „unangemessene“ Entscheidungen der Regierung vorzugehen.

Reaktionen Kritiker stufen das Vorgehen der Regierung als Gefahr für Israels Demokratie ein und warnen, das Land sei dabei, sich in eine Diktatur zu verwandeln. Seit Monaten gibt es deshalb Proteste im Land, vor allem in Tel Aviv gibt es immer wieder Aktionen mit Zehntausenden Teilnehmern. Netanjahus Regierung argumentiert dagegen, das Oberste Gericht sei in Israel zu mächtig und mische sich zu stark in politische Fragen ein.

Vorgehen Im September will sich das Oberste Gericht mit Petitionen gegen das Gesetz befassen. Sollte das Gericht es einkassieren und die Regierung dies aber nicht akzeptieren, könnte Israel eine Staatskrise drohen. (mit dpa)



In Tel Aviv gibt es seit Monaten Massenproteste. FOTO: ZWIGENBERG/AP

hammad Magadli. „Aber sie tun nichts dagegen.“ Magadli gehört zu den wenigen arabischen Journalisten, die sowohl in arabisch- als auch in hebräischsprachigen Medien bekannt und erfolgreich sind. Er ist es gewohnt, zwischen zwei Gruppen zu vermitteln, die in vielerlei Hinsicht wenig Berührungspunkte haben.

Viele arabische Bürger, erklärt Magdali, nähmen die Gerichte als feindliche Institutionen wahr. Um das zu erklären, muss man ein wenig ausholen: Viele arabische Bürger klagen darüber, dass sie nur äußerst schwer Genehmigungen zum Bau neuer Häuser bekämen; viele vermuten dahinter Diskriminierung. In der Folge werden in arabischen Dörfern und Städten etliche Gebäude ohne Genehmigung errichtet. Viele dieser Gebäude lassen staatliche Stellen anschließend wieder abreißen – und die Genehmigung für den Abriss erteilen Gerichte. Einspruch gegen solche Entscheidungen akzeptierten die Richter nur selten, berichtet Magdali. „Deshalb sind die meisten arabischen Bürger wütend auf die Gerichte.“ Dazu komme der Frust über die Zurückhaltung des Obersten Gerichtshofes im Westjordanland. „Wenn also jüdische Israelis aus dem Mitte-links-Lager zu arabischen Bürgern sagen: ‚Kommt mit uns demonstrieren!‘, dann fragen die: ‚Moment mal, wo wart ihr die letzten 50 Jahre?‘“

Trotz allem glaubt Mohammad Magdali jedoch, dass in der aktuellen Krise auch eine Chance liegt. „Das Mitte-links-Lager versteht heute, dass man keine liberale Regierung bilden kann ohne die richtige Haltung gegenüber den Minderheiten und den Palästinensern, die Israel militärisch kontrolliert.“

Barak Medina, der Rechtsprofessor, äußert eine ähnliche Hoffnung. Immer mehr Israelis begriffen, dass es Zeit sei, „eine Verfassung zu schreiben, die explizit Gleichbehandlung von Juden und Arabern sowie ein Ende der Besatzung fordert“, sagt er. „Wir können nicht für liberale Demokratie kämpfen, ohne uns zu Gleichbehandlung zu verpflichten.“

WISSENSDRANG

Befreundete Paare kehren nach heftigem Streit aus dem Urlaub in mein Sommerloch zurück, wo ich an Regentagen die Kirchenväter studiere. Oft geht es beim Streit um die Ehrlichkeit und Offenheit. Erich kommt nicht darüber hinweg, dass Ana ihm nicht die Wahrheit über eine lange zurückliegende Affäre sagt. Aber kann man von seinem Partner im Urlaub wirklich bedingungslose Ehrlichkeit erwarten – auch wenn man allein oder zu zweit ist? Angeregt von der Augustinus-Lektüre beschleicht mich der Verdacht, dass christlich-theologische Denkmuster, wenn sie auf die falsche Weise auf menschliche Beziehungen angewendet werden, vielleicht auch ein Teufelswerk richten können. Erlauben Sie mir eine laientheologische Betrachtung.

Theologie aus dem Sommerloch

Ehrlich währt am längsten – vor Gott, ja. In einer Beziehung ist das komplizierter.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Im Gegensatz zum Lebenspartner ist Gott allwissend, nichts entgeht ihm in den Tiefen der Seele. Wer die gestörte Beziehung zu Gott berichtigen und sich bei ihm für einen Fehltritt entschuldigen will, weiß daher, dass man nichts beschönigen kann. Das wäre für den Gläubigen der blanke Horror – wenn Gott nicht andererseits zu unendlicher Güte und Vergebung fähig wäre. Nach Augustinus (ich blende mal die problematischen Aspekte der Gnadenlehre aus) kann man jederzeit auf diese Güte setzen: „Ein zerknirsches und gedemütigtes Herz verschmäht Gott nicht“. Damit ist aber auch die psychologische Voraussetzung gegeben, um ihm gegenüber ganz ehrlich sein zu können: Man vertraut auf seine unendliche Gnade, Güte und Barmherzigkeit.

Kann dieses Vertrauen auch in der Beziehung zu anderen Menschen gedeihen? Gewiss. Mitunter. Aber oft wird die Wahrhaftigkeit in einer Atmosphäre der Anklage und mangelnden Nachsicht eingefordert, wo sie nicht eingelöst werden kann. Andererseits würde es den Lebenspartner auch überfordern, unendliche Güte und Barmherzigkeit angesichts von Enthüllungen anzubieten, bei denen niemand vorhersehen kann, wie verletzend sie langfristig wirken können. Ein „zerknirsches und gedemütigtes Herz“ zu erwarten, rächt sich meistens.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.